

Von Gleichstellung noch weit entfernt

USTER Abstimmungsbüchlein in «leichter Sprache», rollstuhlgängige Büros, Jobs in der Verwaltung: Mit einem ganzen Bündel von Massnahmen will die Stadt Uster Menschen mit Behinderung besser ins Stadtleben integrieren. In einem wichtigen Bereich hat sie jedoch kaum Einfluss.

Sie kaufen im Migros ein, man trifft sie im Stadtpark und bekommt von ihnen im Restaurant 8610 die Suppe serviert: Menschen mit Behinderung sind im Ustermer Stadtleben stärker präsent als anderswo. Trotzdem werden sie noch immer behindert – in mehr Bereichen, als den meisten Menschen bewusst ist, die keine Behinderung haben.

220'000 Franken im Jahr

Wo überall, das hat der Stadtrat diesen Sommer mit Unterstützung von Fachleuten analysiert. Den Auftrag dazu erteilte ihm der Gemeinderat im Rahmen einer Motion. Diese verpflichtet die Stadt, die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung zu fördern (siehe Box). Im Rahmen einer «Sozialraumanalyse» befragte die Fachhochschule Nordwestschweiz deshalb Betroffene, Angehörige und professionelle Institutionen. Aus den Ergebnissen erstellte sie dann einen Katalog von Vorschlägen, wie man die verschiedenen «Barrieren» abbauen könnte, die Behinderte im Alltag behindern.

Der Gemeinderat hat nun bewilligt, dass die Stadt eine Stelle schafft, die für die Umsetzung dieser Massnahmen sorgt – und sie mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet: 120'000 Franken jährlich für eine 80-Prozentstelle sowie 100'000 Franken für die Umsetzung der Massnahmen an sich.

In Planung einbeziehen

«Es gibt Behinderung struktureller und kultureller Art», sagt Patrick Oehler, Projektleiter der Sozialraumanalyse von der Fachhochschule Nordwestschweiz. Was er damit meint: Menschen mit Behinderung werden zum einen benachteiligt, weil die Infrastruktur nicht auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet ist. Zum Beispiel wenn die Website der Stadt für Sehbehinderte nicht nutzbar ist oder Abstimmungunterlagen nicht in sogenannte leichter Sprache vorhanden sind, die auch Menschen mit geringer Sprachkompetenz verstehen.

Zum anderen werden Behinderte aus dem Arbeitsleben ausgeschlossen und bleiben auch bei gesellschaftlichen Anlässen häufig aussen vor. Menschen fühlen sich gehemmt im Umgang mit ihnen und wissen nicht, wie

sie sich ihnen gegenüber verhalten sollen. Daraus ergibt sich, dass Behinderte zum Beispiel noch wenig im Ustermer Vereinsleben mitwirken. «Oft stehen kulturelle und strukturelle Barrieren in einer Wechselwirkung», sagt Oehler. Bei der Organisation eines Quartierfestes etwa wirken keine Menschen mit Behinderung mit – prompt denkt dann niemand an rollstuhlgängige Toiletten.

Erst Ideen

So zahlreich wie die «Barrieren» sind denn auch die Massnahmen, mit denen der Stadtrat diese Hindernisse aufheben will. Dazu gehören zum Beispiel «Beratung und Unterstützung bei Wohnungssuche und Finanzierung», «Abklärung, wie Zugang zu Vereinen vereinfacht werden kann», «städtische Einflussmöglichkeiten nutzen, um Neugestaltung des Bahnhofs möglichst barrierefrei zu realisieren», «Prüfen, wie die Stadtverwaltung mehr niederschwellige Arbeitsplätze schaffen kann».

Zuständig für die Umsetzung der Massnahmen ist die Stadtverwaltung. Es handle sich dabei aber erst um Ideen, sagt Stadtschreiber Daniel Stein. «Der Katalog zeigt Möglichkeiten auf. Wir werden jetzt prüfen, welche umsetzbar sind und wie das geschehen soll.»

Auch Senioren beteiligt

Eine wichtige Rolle beim Projekt spielen die verschiedenen Institutionen, die sich in Uster für Menschen mit Behinderung einsetzen. Dazu gehören die Stiftungen Wagerenhof und Werkheim, aber auch Gruppierungen Sehbehinderter oder Seniorenorganisationen, die teilweise mit ähnlichen Barrieren wie Behinderte zu kämpfen haben, etwa im Bereich Mobilität. Sie alle waren bereits an der Sozialraumanalyse beteiligt und sollen bei der Umsetzung der Massnahmen eng mit der Stadtverwaltung zusammenarbeiten.

«Menschen mit Beeinträchtigung gleichberechtigt ins Stadtleben zu integrieren ist eine Aufgabe, die die Stadtverwaltung nicht allein bewältigen kann», sagt Patrick Stark, Leiter des Werkheims. «Dazu braucht es die Unterstützung von allen, die in Uster leben.» Er sieht zum



In die Arbeit vertieft: Stefan aus dem Werkheim am Produzieren.

Archivbild Beatrice Zogg

«Die Stadtverwaltung muss als Vorbild vorausgehen.»

Urs Lüscher,
Sekretär beim
Blinden- und
Sehbehindertenverband

Beispiel bei der Privatwirtschaft oder in der Stadtverwaltung noch mehr Möglichkeiten, Menschen mit geringer Leistungsfähigkeit zu beschäftigen. Wichtig sei für die eher leichter beeinträchtigten Werkheim-Bewohner zudem mehr Information in einfacher Sprache.

Stadtverwaltung als Vorbild

Im Wagerenhof, wo auch stark behinderte Menschen leben, ist die bessere Integration ins gesellschaftliche Leben das wichtigste Ziel. «Ich würde mir wünschen, die Vereine würden sich für unsere Leute stärker öffnen», sagt Leiter Andreas Dürst. Bei den Sportclubs etwa heisse es oft, Menschen mit Behinderung könnten leistungsmässig nicht mit Nicht-Behinderten mithalten. «Das mag für den Sport an sich stimmen; im Vereinsleben, zum Beispiel als Fans oder als Helfer am Wurstand, können Menschen mit Beeinträchtigungen aber dennoch eine wichtige Rolle einnehmen.»

Dass «Inklusion», die Teilhabe aller am sozialen Leben, eine Aufgabe der Gesamtgesellschaft ist, sieht auch Urs Lüscher so, Sekretär beim Blinden- und Sehbehindertenverband. Es sei aber wichtig, dass die Stadtverwaltung als Vorbild vorausgehe, sagt der Ustermer. «Wenn es selbstverständlich ist, dass die Web-

site der Stadt mit barrierefrei programmiert sind, wenn das ganze Stadthaus rollstuhlgängig ist, wenn auch Menschen mit Behinderung dort arbeiten und wenn die Stadt dafür die notwendigen Kosten nicht scheut – dann wird das auch an anderen Orten bald der Fall sein.»

Raphael Brunner

STRUKTUREN SCHAFFEN

Inklusion – die Utopie als Ansporn

Die Bemühungen der Stadt Uster, die Gleichstellung von Behinderten zu fördern, geht auf einen Vorstoss aus dem Gemeinderat zurück. Im Januar 2016 überwies er eine gemeinsame Motion von EVP, BDP und SP. Sie orientiert sich dabei an den Zielen der «Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen» der Vereinten Nationen.

Diese orientiert sich an der Forderung nach «Inklusion»: Das heisst, eine Gesellschaft ist

so ausgerichtet, dass jeder Mensch in seiner Individualität an ihr teilhaben kann. Dabei muss er sich nicht einer Norm anpassen; vielmehr schafft die Gesellschaft Strukturen, die es ihm erlauben, sich in seiner Besonderheit einzubringen. «Völlige Inklusion ist eine Utopie. Aber sich an ihr zu orientieren, sollte ein wichtiges Ziel jedes Gemeinwesens sein», sagt Patrick Oehler, Soziologe und Dozent an der Fachhochschule Nordwestschweiz. zo

Tagesschule bald ohne finanzielle «Stützräder»

USTER Die Ustermer Primarschulpflege will das Projekt Tagesschule verlängern. Sie beantragt dem Gemeinderat den Beschluss, den Bruttokredit von 400'000 Franken bis Ende Schuljahr 2021 anzunehmen.

Das Pilotprojekt Tagesschule sollte ursprünglich bereits im Schuljahr 2014/2015 gestartet werden, musste dann aber um ein Jahr verschoben werden. Für das nächste Jahr sind 21 Schüler für die Tagesschule angemeldet, im letzten Jahr waren es 22.

Primarschulpräsidentin Patricia Bernet sagt: «Die Plätze an der Tagesschule sind begrenzt, in der Regel können keine Schüler in die oberen Klassen aufgenommen werden. Deshalb

kommt es immer wieder vor, dass Kinder abgewiesen werden müssen.»

Zu kurze Frist

Für die Verlängerung der Tagesschule bis ins Schuljahr 2020/2021 nennt Bernet die Gründe: Das Pilotprojekt sei ursprünglich auf drei Jahre befristet gewesen. Dann habe sich aber schnell gezeigt, dass es nicht möglich sei, die Tagesschule innert drei Jahren zu beginnen, aufzubauen, zu evaluieren und zu entscheiden. Diese Frist sei zu kurz angesetzt gewesen. «Mit der Verlängerung haben wir nun die Möglichkeit, vier Jahre aufzubauen, dann zu evaluieren und anschliessend einen guten Entscheid zu fällen», so Bernet.

Mit den Leistungszielen setzt die Primarschulpflege die angestrebte Leistung fest, die in diesem Fall bis Ende 2021 erreicht werden soll. Ein Leistungsziel ist das Sammeln von ersten Erfahrungen in altersdurchmischem Lernen bei der Primarschule Uster.

«Weil in der Tagesschule zwei Jahrgangsklassen geführt werden, ist dort auch eine andere Art von Unterricht erforderlich.» Denn man müsse auf die grösseren Wissensunterschiede unter den Kindern angemessen eingehen, sagt Bernet.

Letzte Unterstützungszahlung

Noch wird die Tagesschule mit Subventionen von 186'800 Franken vom Bundesamt für Sozialhilfe unterstützt. Eine



«Es kommt immer wieder vor, dass Kinder abgewiesen werden müssen.»

Patricia Bernet,
Primarschulpräsidentin

erste Tranche von 74'700 Franken wurde im letzten Jahr bereits ausbezahlt.

Der gleiche Betrag wird im Dezember erwartet, und die restlichen 37'400 Franken sollen im nächsten Jahr an die Stadt überwiesen werden. Diese Unterstützung galt als Anschubfinanzierung für das Projekt.

Für das kommende Jahr werden noch 42'500 Franken budgetiert, was nur noch rund die Hälfte der Kosten des laufenden Jahres ausmacht. Weshalb, erklärt Bernet so: «Die Kosten in der Investitionsplanung reduzieren sich, weil die Aufbauarbeit im Projekt zugunsten des gut laufenden Regelbetriebes abnimmt.»

David Marti

Neue «Agenda 60 plus» bereit

USTER In der «Agenda 60 plus» sind alle speziell für Senioren angebotenen Veranstaltungen, regelmässigen Treffpunkte, Bildungskurse und Bewegungs- und Sportangebote der Stadt Uster übersichtlich aufgeführt. Die «Agenda 60 plus» wird von der Fachstelle Alter der Stadt herausgegeben. Sie wird im Stadthaus und bei verschiedenen Organisationen aufgelegt. Sie kann zudem online heruntergeladen oder bei der Fachstelle Alter telefonisch bestellt werden: 044 944 74 59. Dieses Programm wird von vielen Freiwilligen ermöglicht, schreibt die Stadt. zo

Die Agenda kann via Website der Stadt Uster www.uster.ch oder Direktlink <https://goo.gl/fzydGq> heruntergeladen werden.